

Wenn Religionsgemeinschaften zur politischen Reformation ansetzen: Der Fall der japanischen „Kōfuku no kagaku“¹

Axel Klein

Summary

While the relationship between religion and politics has gained more and more attention among social scientists since the early 1980s, the case of Japan has been widely ignored. Given the circumstances (no religious conflicts, constitutional separation of state and religion) this is not surprising, but those religious organizations that participate in various forms in Japanese politics still deserve closer examination as they help us to understand why and how religious groups enter the political world. This article analyzes the „Happiness Realization Party“ (*Kōfuku jitsugentō*), established by the religious „Institute for Research in Human Happiness“ (*Kōfuku no kagaku*) in 2009. From exploring the motivations of the group's political activities, its first steps in the political world as well as the outcome, this paper deducts empirically based hypotheses regarding necessary conditions for the expansion of religious groups into politics. First, the political and social *status quo* of a country or community need to allow for a diagnosis of imminence and grievance. Second, the religious teaching requires a strong orientation towards this world. And third, the religious leadership needs to support the political initiative. The case of the „Happiness Realization Party“ also suggests that political programs deducted from religious teachings tend to contain radical elements and are presented with uncompromising firmness which stems from the religious logic of absolutes. This attitude clashes with the logic of politics and especially in the case of Japan makes it difficult for religious parties to succeed.

Manuscript received on 2010-08-25, accepted on 2011-02-22

Keywords: Religious Parties - New Religions - Japan

Einleitung

Das Verhältnis von Religion und Politik hat beginnend mit der islamischen Revolution im Iran 1979 weltweit an Aufmerksamkeit gewonnen. Die Staaten Asiens stellen in dieser Hinsicht nicht nur aufgrund der hier zu findenden großen Zahl von

¹ Die Fertigstellung dieses Beitrages wurde durch das Erdbeben unterbrochen, das am 11. März 2011 den Nordosten Japans erschütterte, einen zerstörerischen Tsunami zur Folge hatte und dadurch das Atomkraftwerk Nr. 1 in Fukushima zu einer akuten nuklearen Gefahr machte. Obwohl ich mich nach meiner Ausreise aus Japan darum bemüht habe, die Arbeit an diesem Aufsatz zügig abzuschließen, musste ich aufgrund der mir nun nicht mehr zugängigen Materialien inhaltliche Kompromisse schließen. Ich hoffe aber, dass dieser Beitrag durch die hilfreichen Anmerkungen zweier anonymen Gutachter, denen an dieser Stelle herzlich gedankt sei, soviel gewonnen hat, dass er trotzdem der Lektüre lohnt.

Religionen vielversprechende Untersuchungsobjekte dar, sondern auch aufgrund der sich sehr unterschiedlich gestaltenden Beziehungen zwischen Staat und Religion. Wie Fox (2008, S. 181) ausführt, wird zwar in den meisten asiatischen Ländern eine bestimmte Glaubensrichtung von Staats wegen unterstützt, doch in anderen jede Form von Religion unterdrückt. In vier asiatischen Staaten, zu denen auch Japan zählt, gilt das Gebot der Trennung von Staat und Religion.

Diese in der Verfassung vorgeschriebene Separation ist eine der Ursachen dafür, dass Japan bis heute vergleichsweise wenig Beachtung als Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen im Feld von Religion und Politik gefunden hat. Doch es gibt noch weitere Gründe: Diejenigen Religionen, die meist mit den Krisenherden dieser Welt in Zusammenhang gebracht werden, sind hier kaum vertreten, eine bedeutsame Einwanderung Andersgläubiger findet nicht statt. Unter den im Lande dominanten Religionen gibt es zudem keine nennenswerten Konflikte, geschweige denn fundamentalistische Auseinandersetzungen.

Trotzdem treten einige religiöse Organisationen als einflussreiche Akteure im politischen System Japans in Erscheinung. Dabei handelt es sich jedoch nicht in erster Linie um repräsentative oder gar eine Mehrheit der Bevölkerung einschließende Institutionen des Buddhismus oder Schintoismus. Vielmehr sind es meist so genannte „Neue Religionen“ (*shinshūkyō*) bzw. ihre noch jüngeren Artgenossen der „Neuen Neuen Religionen“ (*shin shinshūkyō*). Dazu werden Glaubensgemeinschaften gezählt, von denen die ersten bereits im 18. Jahrhundert entstanden, deren größte Wachstumsphasen aber mit der Meiji-Restauration ab 1868², der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der beträchtlichen Landflucht im Rahmen der wirtschaftlichen Hochwachstumsphase der 1950er und 1960er Jahre einher gingen. Die „Enzyklopädie der Neuen Religionen“ (Inoue 1994) beziffert die Zahl dieser Organisationen auf etwa 300.

Neue (Neue) Religionen engagierten sich bisher meist dergestalt politisch, dass sie aus ihrer Lehre einzelne politische Forderungen entwickelten und damit an Regierung und Parteien herantraten. In wenigen Fällen entwarfen Glaubensgemeinschaften aber auch eine umfangreiche politische Agenda und schufen darauf aufbauend eine politische Partei. Zu politischer Relevanz brachte es dabei seit Kriegsende nur die „Partei für eine saubere Regierung“ (*Kōmeitō*), die 1964 von der buddhistischen Laienorganisation Sōka Gakkai (etwa: Werte schaffende Gesellschaft) ins Leben gerufen wurde: Dieser Partei gelang es, sich 1993/94 sowie von 1999 bis 2009 an Regierungskoalitionen zu beteiligen.

Der bisher letzte Versuch, eine religiöse Partei im japanischen Parteiensystem zu etablieren, erfolgte 2009 durch die „Kōfuku no kagaku“ („Die Wissenschaft vom Glück“, im Weiteren: WvG). Die WvG verfügt nach eigenen Angaben über elf

² Als Meiji-Restauration wird die von tiefgreifenden sozioökonomischen und politischen Veränderungen begleitete Öffnung des Landes nach mehr als zwei Jahrhunderten weitgehender Abschließung bezeichnet.

Millionen Mitglieder, womit sie größer als jede andere religiöse Organisation des Landes wäre. Unter der Führung ihres Gründers und geistigen Oberhauptes Ōkawa Ryūhō rief die WvG die „Partei zur Verwirklichung des Glücks“ (*Kōfuku jitsugentō*, im Weiteren: PVG) ins Leben und trat bereits drei Monate später bei der Unterhauswahl an, dem wichtigsten Urnengang des Landes.

Es sei hier vorweggenommen, dass es der PVG bei dieser Wahl weder gelang zu einer relevanten Partei zu werden noch Mandate zu gewinnen. Obwohl sie folglich kein Gegenstand ist, dessen Untersuchung in größerem Umfang zum Verständnis des politischen Systems des Landes beitragen würde, ist es für die Beschäftigung mit Religion und Politik durchaus von Bedeutung zu verstehen, warum sich die Glaubensgemeinschaft für die Gründung einer eigenen Partei entschied und welche Erfahrungen sie dabei machte. Wie ein Blick in die wissenschaftliche Literatur zum Thema zeigt, ist der Einfluss von Religion auf Politik nicht nur entgegen modernisierungs- und säkularisierungstheoretischer Annahmen seit den 1980er Jahren stärker geworden, auch die Formen und das Ausmaß des politischen Engagements haben sich als vielfältig und komplex erwiesen. Mohseni und Wilcox (2009, S. 211-212) nennen die Beispiele Indien, USA, Türkei, Niederlande und Japan, um die „complex variety of relationships“ zwischen Religion und Politik zu illustrieren.

Ein Ergebnis dieser empirischen Vielfalt ist es, dass sich die Entwicklung eines theoretischen Konstrukts für vergleichende Studien bisher schwierig gestaltet hat. Es besteht aber zumindest Einigkeit über die Bedeutung einer Reihe von Faktoren, an denen sich konkrete Untersuchungen orientieren können. Dazu gehören die jeweilige Staatsform, die Frage nach verfassungsmäßig garantierten religiösen und politischen Rechten, die Formen institutioneller Ausgestaltung von Glaubensgemeinschaften, der „religiöse Marktplatz“ insgesamt sowie das Parteiensystem. Die hier vorliegende Fallstudie orientiert sich an diesen Eckpunkten und verfolgt das Ziel, sowohl der Motivation für das politische Engagement der „Wissenschaft vom Glück“ auf den Grund zu gehen als auch die konkrete „Expansion“ der Glaubensgemeinschaft in die politische Welt sowie die ersten Ergebnisse dieses Prozesses zu untersuchen. Die dabei gewonnenen Erkenntnissen können zu dem Versuch beisteuern, theoretische Konzepte zu entwickeln, die sich allgemeiner mit der Expansion religiöser Organisationen in die politische Sphäre befassen.

Dieser Beitrag stellt zunächst einige der oben genannten Faktoren vor und beschreibt damit das Umfeld, in dem religiöse Organisationen in Japan politisch aktiv werden. Nach einer kurzen Einführung in die Entstehungsgeschichte und Lehre der „Wissenschaft vom Glück“ wird dann der Frage nachgegangen, welche Motivation dem Schritt in die politische Welt zugrunde lag. Dabei stellt die „Übersetzung“ der religiösen Lehre in das Programm der „Partei zur Verwirklichung des Glücks“ einen zentralen Untersuchungsgegenstand dar. Mit diesem Programm unternahm die PVG ihre ersten Gehversuche in der politischen Welt, in der die religiöse Handlungslogik vor allem die Gestalt kompromissloser Entschlossenheit annahm. Eine empirische

Untersuchung des Zusammenpralls mit der politischen Realität bildet das vorletzte Kapitel dieses Beitrags. Abschließend werden aus den Erkenntnissen dieser Abschnitte Thesen zu notwendigen Bedingungen und zu Handlungsstrategien religiöser Organisationen bei ihrem Übertritt in die politische Welt hergeleitet.

Die Ausführungen dieser Studie basieren auf Analysen von Parteipublikationen (Wahl- und Grundsatzprogrammen, Werbetexten, Internet-Inhalten etc.) sowie Schriften des Religionsstifters Ōkawa Ryūhō. Gespräche mit PolitikerInnen der PVG sowie teilnehmende Beobachtungen beim Gründungsparteitag der PVG im Mai 2009 sowie beim Unterhauswahlkampf im selben Jahr ergänzen die Datenbasis. Dieser Forschungsaufwand war nötig, denn Publikationen über die Partei zur Verwirklichung des Glücks gibt es fast ausschließlich von dieser selbst bzw. ihrer religiösen Mutterorganisation. Ōkawa hat seit 2009 ein halbes Dutzend Bücher zu seinen politischen Idealen veröffentlicht sowie seine Kommunikation diesbezüglich mit den „Seelen“ bekannter Religionsfiguren, Politikern, Philosophen und Wirtschaftslenkern niederschreiben lassen. Wie weiter unten noch näher erläutert wird, sind es auch diese „Jenseitigen“, die Ōkawa und der PVG mit Rat zur Seite stehen und ihr politisches Programm mitgestalten.

Wissenschaftlich fundierte Beiträge zur PVG hat bisher lediglich der Religionswissenschaftler Tsukada Hotaka vorgelegt. Seine drei japanischsprachigen Beiträge (2009, 2010a & b) sind trotz ihrer Informationsfülle jedoch auch von der Sorge geprägt, ein Wachsen der PVG könne sowohl für die japanische Gesellschaft als auch das politische System des Landes schädlich sein. Tsukada teilt damit Vorbehalte gegen Neue (Neue) Religionen, die in der japanischen Wissenschaftswelt immer wieder anzutreffen sind. Zunächst erläutert das folgende Kapitel jedoch das Umfeld, in dem die „Wissenschaft vom Glück“ den Übergang aus der religiösen in die politische Sphäre vollzog.

Die Bedingungen für politische Partizipation von Religionsgemeinschaften in Japan

Das Umfeld, in dem religiöse Organisationen in Japan politisch aktiv werden, ist vor allem durch drei Eigenheiten gekennzeichnet. Zum einen sind Glaubensgemeinschaften für politische Parteien von Interesse, da sie Zugang zu einer organisierten Wählerschaft anbieten. Sie ähneln in dieser Hinsicht Gewerkschaften, NPOs oder Industrieverbänden, ein Umstand, der nicht überrascht und deshalb hier auch nicht näher erläutert werden muss (vgl. Köllner 2003). Zum zweiten haben religiöse Organisationen mit einer insgesamt ablehnenden Haltung der Öffentlichkeit zu kämpfen, und drittens schränkt die japanische Verfassung ihren politischen Handlungsspielraum erheblich ein. Diese beiden Bedingungen verdienen eine nähere Betrachtung.

Die öffentliche Meinung zu religiösen Organisationen ist eindeutig negativ. In Umfragen zeigen sich große Mehrheiten der japanischen Öffentlichkeit ihnen

gegenüber kritisch. 1994 wählten bei einer Umfrage der Tageszeitung „Yomiuri“ 47,4% der Befragten die Aussage „Sind sehr um's Geldverdienen bemüht“ als zutreffend für religiöse Organisationen. 37,9% bejahten auch die Aussage, der zufolge solche Organisationen „als Teil ihrer aggressiven Missionierung die Unsicherheit der Leute vergrößern“ würden (nach Ishii 2007, S. 101). 2008 rangierten religiöse Organisationen in Bezug auf Vertrauenswürdigkeit auf dem letzten Platz (Tageszeitung Asahi 21. März 2008), eine internationale Vergleichsstudie zeigte zudem, dass unter 32 Staaten das Vertrauen in religiöse Organisationen nirgendwo so niedrig ist wie in Japan (Ishii 2007, S. 103).

In der Öffentlichkeit wie in der Politik wird die politische Partizipation religiöser Organisationen dabei in der Regel auch mit Verweis auf die Verfassung diskutiert. In Artikel 20 ist Religionsfreiheit garantiert und die Trennung von Staat und Religion (*seikyō bunri*) verlangt. Wörtlich heißt es:

Freedom of religion is guaranteed to all. No religious organization shall receive any privileges from the State, nor exercise any political authority. No person shall be compelled to take part in any religious acts, celebration, rite or practice. The State and its organs shall refrain from religious education or any other religious activity.

Entscheidend ist dabei die zweite Hälfte des zweiten Satzes. Die ebenfalls einer religiösen Organisation entstammende „Partei für eine saubere Regierung“ versteht sich selbst nicht als religiöse Organisation und ist somit auch nicht durch das Verfassungsverbot betroffen (Kōmeitō 2000, 2001). Dieser Argumentation kann sich die PVG jedoch nicht bemächtigen. Zum einen bezeichnet sie sich explizit als religiöse Partei, zum zweiten ist die Trennung von religiöser Mutterorganisation und Partei weniger eindeutig. Ursache dafür sind vor allem Ämterdoppelungen, aber auch die finanzielle Abhängigkeit der Partei von der Glaubengemeinschaft. Der erste Unterhauswahlkampf verschlang alleine für die gesetzlich vorgeschriebene Registrierung der 337 Kandidaten mehr als eine Milliarde Yen. Ohne finanzstarken Partner hätte die junge Partei diesen Aufwand unmöglich leisten können.³

So zielt die Interpretation des besagten Verfassungsartikels durch die PVG auch auf einen anderen Aspekt. Ihrer Ansicht nach ist es die zentrale Aufgabe besagter Passage, Glaubengemeinschaften vor dem Staat zu schützen. Demnach hätten die US-amerikanischen Besatzungsbehörden Artikel 20 mit Blick auf die besonders während der Kriegszeit erfolgte staatliche Unterdrückung vor allem Neuer Religionen in die Nachkriegsverfassung aufgenommen. Die in dieser Verfassung festgehaltenen grundlegenden politischen Partizipationsrechte gelten aber nach Ansicht der PVG und anderer Glaubengemeinschaften selbstredend auch für religiöse Organisationen.

³ Nach dem im März 2011 geltenden Wechselkurs von etwa 113 Yen pro Euro entspricht das einem Betrag von € 8,8 Mio. Laut Kimura Tomoshige, Parteivorsitzender von September 2009 bis April 2010, hat die WvG der PVG entsprechende Kredite gewährt (Kimura 2010: 27).

Die Frage, wie die PVG als religiöse Partei die Übernahme politischer Verantwortung mit dem Trennungsgebot von Staat und Religion vereinbaren würde, beantwortet sie indirekt mit einem neuen Verfassungsentwurf, der weiter unten vorgestellt werden wird. Hier sei lediglich darauf hingewiesen, dass die immensen Hürden, die für eine Verfassungsreform überwunden werden müssen und die dazu beigetragen haben, dass dies seit Inkrafttreten der Verfassung 1947 noch nie gelungen ist, die Entwicklung der PVG sehr erschweren dürften. Bedenkt man das negative Bild, das in der japanischen Öffentlichkeit zu religiösen Organisationen vorherrscht, wird zudem deutlich, wie unvorteilhaft sich die Rahmenbedingungen für politisches Engagement religiöser Organisationen in Japan ganz generell darstellen. Unter den Industriestaaten findet man wohl nur in Frankreich noch ein ähnlich unwirtliches Umfeld für die Gründung einer auf Religion basierenden Partei.

Die „Wissenschaft vom Glück“

Nachdem er über einige Jahre spirituelle Botschaften aus dem Jenseits empfangen hatte, gründete der Firmenangestellte Ōkawa Ryūhō 1986 die „Kōfuku no kagaku“. Die Kernelemente seiner Lehre sind in drei 1987 veröffentlichten Büchern festgehalten, die zudem die Existenz und den Aufbau der jenseitigen Welt erläutern: „Das Gesetz der Sonne“ (*taiyō no hō*), „Das Gesetz des Goldes“ (*ōgon no hō*) und „Das Gesetz der Ewigkeit“ (*eien no hō*). Eine vierte zentrale Publikation der WvG trägt den Titel „Bussetsu: shōshin hōgo“ (etwa: „Die Lehre des Buddhas: buddhistische Predigten des reinen Geistes“). Sie wird von Ōkawa als grundlegende heilige Schrift bezeichnet und auf eine Stufe mit dem Lotos-Sutra gestellt, allerdings nur Mitgliedern der Glaubensgemeinschaft ausgehändigt (vgl. Wieczorek 2002, S. 154). Über die Jahre veröffentlichte Ōkawa weitere Bände seiner „Gesetz-Serie“, darunter 2004 „das Gesetz des Glücks“ (*kōfuku no hō*).⁴ Darin werden Liebe (*ai*), Weisheit (*chi*), Selbstprüfung (*hansei*) und Entfaltung (*hatten*) als die vier Prinzipien des menschlichen Glücks bezeichnet.

Buddhistische Elemente, besonders das des „Edlen Achtfachen Pfads“, sind ebenfalls in der Lehre enthalten. Daneben finden sich aber auch Glaubensinhalte, die denen anderer Weltreligionen bzw. philosophischer Konzepte ähneln. Dieser Synkretismus spiegelt sich in einem der zentralen Ziele wieder, die die „Wissenschaft vom Glück“ als ihre Bestimmung versteht: die Vereinigung aller Religionen und (philosophischen) Ideen in einer diesseitigen Utopie des Buddha-Reiches. Diese „Vereinigung“ entstehe zunächst im Inneren eines jeden Menschen als Ergebnis der erfolgreichen Durchführung geistiger Übungen. Werde die Lehre der WvG von allen Menschen verstanden, dann sei das oberste Ziel, das „Glück der gesamten Menschheit“, erreicht (vgl. NBK 1991, S. 149-150).

⁴ Mittlerweile sind 15 Bände der „Gesetz“-Serie veröffentlicht worden (vgl. dazu den Internet-Auftritt der Religionsgemeinschaft unter: www.kofuku-no-kagaku.or.jp/book/list/2_1.html; Zugriff: Juli 2010).

In der zehndimensionalen Kosmologie der Wissenschaft vom Glück ist die Erde in der dritten Stufe verortet. In der höchsten Dimension existiert das „planetarische Bewusstsein“ (*wakusei ishiki*), in der neunten „El Cantare“, das höchste für Menschen zugängliche Bewusstseinsstadium, das sich in Jesus Christus und Buddha Shakyamuni auf Erden manifestiert habe. Nachdem der WvG 1991 von Staatsseite der Status einer religiösen Körperschaft (*shūkyō hōjin*) erteilt wurde, verkündete Ōkawa auf einer Massenveranstaltung der WvG, dass er nun selbst die Manifestation von El Cantare sei. Seit den späten 2000ern präsentiert er sich zudem als „world teacher“ (*wārudo tīchā*) und steht als solcher nun einer Glaubensgemeinschaft vor, die ihren Bekanntheitsgrad bis 1995 zunehmend steigern konnte, dann aber aufgrund des Terroranschlags durch die religiöse Ōmu Shinrikyō und der folgenden Kritik an Neuen Religionen sehr viel weniger Öffentlichkeit suchte (Kisala und Mullins 2001).⁵ Der Auftritt auf der politischen Bühne im Jahre 2009 war erstmals wieder geeignet, in größerem Maße Aufmerksamkeit auf die WvG zu lenken.

Die Kommunikation mit „Jenseitigen“, oft Religionsstiftern und Begründern von Glaubensgemeinschaften, aber auch bekannten Philosophen und wichtigen Persönlichkeiten der Zeitgeschichte, stellt eine bis heute erhalten gebliebene Besonderheit der WvG dar. 1982 sprach Jesus Christus durch Ōkawa zu dessen Vater, 1983 der Shingon-Priester Kūkai (774 - 835). In den Jahren danach traten u.a. Moses, Gandhi, Sokrates, Shakespeare, Dante, Newton und einige bekannte Figuren der japanischen Religionsgeschichte mit Ōkawa in Kontakt (NBK 1991, S. 253-255). Nachdem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nur noch wenige Konversationen mit der „höchsten Welt der Seelen“ veröffentlicht wurden, belebte Ōkawa diese Tätigkeit ab 2008 wieder. Dabei erfuhr er von Jenseitigen wie dem Panasonic-Gründer Matsushita Kōnosuke und dem Meiji-Reformer Sakamoto Ryōma auch Zuspruch für seine Entscheidung, eine politische Partei ins Leben zu rufen.

Motive für die Expansion in die politische Welt

Die WvG teilt einige ihrer Handlungsmotive für politisches Engagement mit anderen Neuen (Neuen) Religionen des Landes. Dazu zählt beispielsweise auch das Anliegen, sich zu einzelnen ethischen oder sozialen Fragen zu äußern. So protestierte die konservative schintoistische „Seichō no ie“ gegen Abtreibung, verschiedene Glaubensgemeinschaften beteiligten sich über ihren Dachverband Shinshūren an der Debatte über das Organtransplantationsgesetz. Die politische Stellung des Yasukuni-Schreins in Tōkyō, an dem der Seelen aller seit der Meiji-Restauration für den Kaiser Gefallener gedacht wird, ist vor allem zwischen buddhistischen und schintoistischen Glaubensgemeinschaften umstritten. Hier melden sich sowohl gemäßigte Organisationen wie die buddhistischen Risshō Kōseikai zu Wort als auch der nationalistische Schinto-Verband Shinseiren.

⁵ Mitglieder der Ōmu Shinrikyō hatten bei einem Anschlag mit Nervengas auf Tōkyōter U-Bahnhöfe 27 Menschen getötet und 6.300 verletzt.

Zum Zweiten bietet die Verbindung zu den Machtstellen des Landes religiösen Organisationen die Möglichkeit, besser auf für sie bedeutsame Gesetze zu reagieren bzw. Einfluss auf ihre Ausgestaltung und Implementierung zu nehmen. Wie oben bereits erwähnt wird die Verbindung zur Politik als Schutz gegen Verfolgung oder Unterdrückung durch den Staat verstanden. Das Ringen um die Reform des „Gesetzes zu religiösen Körperschaften“ (*shūkyō hōjin hō*) im Jahre 1995 bietet ein aktuelleres Beispiel, an dem die Bedeutung der Verbindung von religiösen Organisationen zur Politik nachvollzogen werden kann (vgl. Zacharias 2004). Einige religiöse Organisationen lassen deshalb auch einzelne ihrer Führungsfiguren als Kandidaten von einer Partei nominieren, um so über einen direkten Kanal ins Parlament oder sogar in die Regierung zu verfügen.

Zum Dritten bietet politisches Engagement die Möglichkeit, das Alltagsleben religiöser Organisationen mit zusätzlichem Inhalt zu füllen. Wahlkämpfe sind dabei die wichtigsten Gelegenheiten, entweder den eigenen oder aber den für die eigenen Anliegen als geeignet erkannten Kandidaten zu unterstützen und den Mitgliedern der Glaubensgemeinschaft eine sinngebende Betätigung zu bieten. Ob und in welcher Form diese Art der politischen Partizipation auch religiösen Gewinn für den Einzelnen bedeutet, ist abhängig von der jeweiligen Lehre. Für Mitglieder der buddhistischen Sōka Gakkai stellt Wahlkampf für Kandidaten der „Partei für eine saubere Regierung“ beispielsweise auch eine religiöse Handlung dar.

Schließlich bedeutet Wahlkampf auch immer einen garantierten Zugang zu Medien. Die offizielle Kandidatur bringt die Möglichkeit mit sich, in Fernsehen, Radio und Tageszeitungen eine gesetzlich geregelte Anzahl von Wahlwerbesendungen bzw. Anzeigen zu schalten. Wahlkampfauftritte auf öffentlichen Plätzen ergänzen das Repertoire, mit dem für die eigene Sache geworben werden kann. Dabei mag eine Religionsgemeinschaft nicht nur darauf hoffen, durch politisches Engagement den eigenen Ruf zu verbessern. Sie wird zudem die Möglichkeit nutzen wollen, zu missionieren und neue Mitglieder zu werben.

Auch die politischen Aktivitäten der WvG begannen schon deutlich vor der Gründung der PVG. Wie Ōkawa in seinem 2009 erschienenen Buch „Manifest der Partei zur Verwirklichung des Glücks“ erklärt, habe sich seine Glaubensgemeinschaft in der Vergangenheit immer wieder mit Vorschlägen an Politiker gerichtet (Ōkawa 2009a, S. 16). Zudem unterstützte die WvG bei Wahlkämpfen Kandidaten der Liberaldemokratischen Partei (*Jiyū minshu tō*, LDP) und förderte 1995 mit Mitsuzuka Hiroshi aktiv einen Spitzenpolitiker der LDP in seinem (letztlich erfolglosen) Bestreben, Premierminister zu werden (vgl. Ogawa 1995). Doch all dies, so Ōkawa, sei nicht mehr als indirekte Einflussnahme gewesen. Man habe gewartet, bis die Zeit gekommen sei, in der diesseitigen Welt die Utopie eines Buddha-Landes wahr werden zu lassen, wozu allerdings eine bestimmte gesellschaftliche Machtposition nötig sei (Ōkawa 2009a, S. 16-18).

In einem anderen seiner Bücher führt Ōkawa aus, dass es zwei Seiten des menschlichen Glücks gebe (2009b, S. 14). Die eine erreiche man durch die Errettung der Seele und durch Trost für das Herz. Die andere bedürfe der Erlösung von Leid und Mühsal des täglichen Lebens. Wenn die Politik sich als zu schwach für diese zweite Aufgabe erweise, müsse die Religion einsatzbereit sein, doch könne die weder Gesetze verabschieden noch politische Maßnahmen umsetzen. Religion und Politik, so Ōkawa, seien deshalb auch nicht völlig verschieden, sondern verfolgten jede auf ihre Weise das Ziel, die Menschen glücklich zu machen. Anstelle einer Konfrontation sollten beide ihre Kräfte bündeln und gemeinsam zum Wohle des Landes kooperieren (Ōkawa 2009b, S. 15-16).

Aus diesen Sätzen wird bereits deutlich, dass die Motive für die Gründung der PVG in zwei Kategorien fallen. Zum einen finden sich Beweggründe, die aus einer äußerst kritischen und negativen Bestandsaufnahme des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ist-Zustands abgeleitet sind. Hier sieht sich die PVG in der Pflicht, als neue politische Kraft die „nationale Krise“ (*kokunan*) zu bewältigen. Zum Zweiten werden Zukunftsperspektiven auf der Grundlage der religiösen Ziele der WvG formuliert. Dabei ist die Diesseitsbezogenheit dieser Ziele von großer Bedeutung. Wie Ōkawa (2009, S. 21-22) schreibt, gehe es der WvG, anders als beispielsweise der „Wahren Lehre des Reinen Landes“ (*Jōdō shinshū*), nicht nur um das jenseitige Glück, sondern um „Glück, das das Diesseits und das Jenseits durchdringt“.

Die Übertragung dieser beiden Motivgruppen in konkrete politische Forderungen hat ein vergleichsweise radikales Parteiprogramm entstehen lassen. Vorgetragen wurde es mit einer kompromisslosen Entschlossenheit, mit der die Notwendigkeit eines anderen Politikstils und gänzlich neuer politischer Vorgehensweisen unterstrichen wurde. Ōkawas schriftliche Ausführungen zeigen, dass der Schritt in die Politik von der Überzeugung getragen war, die politische Welt durch religiöse und ethische Ideale reformieren zu müssen. In den Texten der PVG finden sich zahlreiche Klagen über den Zustand der politischen Welt. Es ist von Korruption, Vorteilssuche, Lobbyismus und der Vernachlässigung der nationalen Zukunft die Rede (Ōkawa 2009a).

Das 32-seitige Wahlprogramm (PVG 2009), mit dem die PVG in die Unterhauswahl 2009 zog, hob drei Bereiche besonders hervor: Konjunkturbelebung durch Steuerensenkungen, Landesverteidigung, sowie eine Bevölkerungspolitik, die die Zahl der in Japan lebenden Menschen von gegenwärtig 127 Millionen auf 300 Millionen im Jahr 2030 steigen lassen soll. Die zur Erreichung dieser Ziele vorgeschlagenen politischen Maßnahmen sind vor allem durch neoliberale Elemente und Wirtschaftsförderung geprägt. Eine „schlanke Regierung“ soll nur das Nötigste regeln. Der Staat soll Unternehmen nicht zum Hindernis werden, sondern sie durch Steuerensenkungen unterstützen und Konsum ankurbeln. Der Aktienhandel soll erleichtert und der Nikkei-Index wieder auf 20.000 Punkte gehoben werden. Die

Liberalisierung des Agrarmarktes soll durch eine Förderung junger Landwirte begleitet, der Wohnungsmarkt in urbanen Ballungsräumen durch Deregulierung entspannt werden. Die Sozialpolitik der Partei besteht im Wesentlichen aus Steuerensenkungen und einer Bevölkerungspolitik, die durch Immigration das Renten- und Sozialsystem stärkt. Grundsätzlich, so das Parteiprogramm, habe sich die japanische Bevölkerung in der Vergangenheit zu sehr auf den Staat verlassen anstatt mit eigener Kraft zum Wohle des Landes tätig zu werden.

Daneben stellt die Partei ihre „Zukunftsvision“ (*mirai bijon*), die eine recht große Technologiegläubigkeit verrät. Dieser Vision zufolge legen im Jahre 2016 Magnet-schwebebahnen die Entfernung zwischen Tōkyō und Ōsaka innerhalb von 30 Minuten zurück (jetzt benötigt ein Shinkansen noch ca. 150 Min.). Dem „Space Shuttle“ nachempfundene Flugzeuge bringen Passagiere in nur zwei Stunden von der japanischen Hauptstadt nach New York oder London. 2020 ersetzen alternative Energien Erdöl (von Atomenergie ist nicht die Rede), 2060 werden menschliche Stützpunkte auf Mond und Mars errichtet (PVG 2009, S. 12-13). Daneben prognostiziert die Partei für das Jahr 2020 Demokratiebewegungen in China und Nordkorea sowie die Vernichtung aller Atomwaffen bis 2050.

Die sicherheitspolitische Lage und die Notwendigkeit zur Landesverteidigung, vor allem mit Blick auf Nordkorea, stellen ein zentrales Thema der Partei dar und gelten als Auslöser für den Entschluss Ōkawas, seinen schon länger gehegten Plan einer Parteigründung umzusetzen (Ōkawa 2009b, S. 14).⁶ Japan müsse sich selbst verteidigen können und der „Kolonimentalität“ (*shokuminchi shisō*) gegenüber den USA ein Ende setzen. Sollte erkennbar sein, dass Nordkorea einen Atomschlag gegen Japan vorbereite, müssten die japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte die Fähigkeit zu einem Präventivschlag besitzen. Artikel 9 der Verfassung, der nach vorherrschender Interpretation Japan zu einer reinen Verteidigungshaltung verpflichtete, müsse folglich reformiert werden.

Betrachtet man das Parteiprogramm unter dem Aspekt der „Verwirklichung des Glücks“, so scheinen dafür vor allem größere individuelle Selbstverantwortung, bessere Fähigkeit zur Selbsthilfe, Wirtschaftswachstum sowie offensivere Landes- und Friedenssicherung erforderlich. Sucht man in der Lehre der WvG nach Entsprechungen bzw. Grundlagen für diese politischen Vorstellungen, wird man nur eingeschränkt fündig. Zu den vier Prinzipien des „Glücks“ gehören beispielsweise ver-

⁶ Im Frühjahr 2009 kündigte die Führung der Demokratischen Volksrepublik Korea den Start eines Flugkörpers an, der auch japanischen Luftraum überqueren würde. Die Reaktion der japanischen Regierung auf diese Ankündigung habe Ōkawa einmal mehr gezeigt, dass es um die Verteidigung des Landes schlecht bestellt sei. Besonders die Aussagen des damaligen Premierministers Asō Tarō hätten ihn überzeugt, dass ein Regierungswechsel und eine entschiedene Haltung gegenüber militärischen Provokationen Nordkoreas nötig seien (Ōkawa 2009b: 14). Die Bedrohung durch Nordkorea stellte auch das einzige durchgängig vorkommende Thema in den sechs Wahlkampfreden dar, die Ōkawa in Tōkyō hielt (Am 24. August in Sangenjaya und Jiyūgaoka, am 25. August 2009 in Ikebukuro, Shibuya und Shinjuku, und am 28. August 2009 in Yūrakuchō).

schiedene Arten der „Liebe“, neben Barmherzigkeit und der „gebenden Liebe“ (*ataeru ai*) auch die „Liebe, die leben lässt“ (*ikasu ai*). Selbstverantwortung und Selbsthilfe sind darin als Ideale beschrieben (Ōkawa 2004, S. 245-252).

In zahlreichen seiner Texte spricht Ōkawa zudem von der Notwendigkeit, die Utopie eines Buddha-Landes (*bukkokudo yūtopia*) im Diesseits zu verwirklichen. Das Wesen eines solchen Buddha-Landes wird nicht konkretisiert, aber Ausführungen wie die im „Gesetz des Goldes“ (Ōkawa 2008, S. 91-98) lassen erkennen, dass dieses Zukunftsideal keineswegs nur im Inneren eines jeden Menschen zu finden sein wird, sondern sich auch in gesellschaftlichem und industriellen Fortschritt manifestiert. In seinem „Gesetz der Erlösung“ (*kyūsei no hō*) fordert Ōkawa (2011, S. 62) konkret ein auf moderner Technologie und neuen Industrien basierendes Wirtschaftswachstum, das Japan Reichtum bringen soll. Als politisches Pendant zu dieser Utopie findet sich im Parteiprogramm der PVG das Versprechen einer „blühenden Zukunft“ (*han'ei no mirai*) (PVG 2009, S. 10).

Die explizit religiösen Bezüge des Parteiprogramms sind sehr offen formuliert und damit geeignet für die Bedürfnisse des japanischen „Religionsmarktes“. So verwendet die Partei die Vokabel *shinbutsu* wenn sie Götter meint, ein Begriff, der sich sowohl auf schintoistische als auch buddhistische Gottheiten bezieht. Monotheistische Religionen werden dadurch nicht bedient, doch stellen deren Anhänger ohnehin nur einen verschwindend geringen Teil der japanischen Gesellschaft dar. Der zentrale Religionsbezug des Programms findet sich in dem 16 Artikel umfassenden Verfassungsentwurf, als dessen Autor Ōkawa genannt wird (PVG 2009, S. 6-7). Die Präambel lautet: „Wir, das japanische Volk, tragen das Herz der Götter in unseren Herzen und streben für Japan und die Welt nach Frieden, Wachstum und Prosperität. Unser Wesen als Kinder der Götter ist für uns das Fundament der Menschenwürde, auf dem wir die neue Verfassung Japans errichten.“ Das Parteiprogramm (PVG 2009, S. 8) erläutert dazu, dass die Menschenrechte aus der allen Menschen eigenen Würde als Kinder Gottes abgeleitet worden seien. Ihr Ursprung sei also religiöser Natur.

Den zweiten Religionsbezug des Verfassungsentwurfes stellt Artikel 2 dar, der besagt: „Religionsfreiheit ist allen garantiert.“ Der Kürze dieses Artikels stellt Ōkawa den vier Sätze umfassenden Artikel 20 sowie Artikel 89 der Nachkriegsverfassung gegenüber, die beide irreführend seien. Sie suggerieren seiner Ansicht nach, dass die in Verfassungsartikel 21 genannte Versammlungs- und Redefreiheit und somit letztlich auch die Freiheit zu politischer Aktivität für religiöse Organisationen nicht gelten. Ein wichtiges Ziel dieses Teils seines Verfassungsentwurfes sei es, das in der japanischen Öffentlichkeit als problematisch empfundene politische Engagement von Glaubensgemeinschaften von ihrem schlechten Ansehen zu befreien (Ōkawa 2009a, S. 65-72).

Drei weitere Religionsbezüge finden sich auf den nächsten Seiten des Parteiprogramms, doch spielen sie jeweils nur eine untergeordnete Rolle.

Religionsgemeinschaften sollen einen Beitrag zur Bekämpfung der im internationalen Vergleich hohen Zahl von Selbstmorden leisten (PVG 2009, S. 22), und Schulunterricht durch die Einführung des Faches Religion „herausragende Charaktere ausbilden“ (PVG 2009, S. 26). Schließlich soll Japan „auf der Grundlage des Geistes religiöser Toleranz [...] Weltfrieden und die Abschaffung aller Atomwaffen erreichen.“ Dem Land wird dabei eine Vorreiterrolle zugesprochen: „Japan, dem der Geist der religiösen Toleranz eigen ist, muss die Führung übernehmen und zu allererst die Vernichtung der Atomwaffen derjenigen Staaten anstreben, die strategische Ziele verfolgen. Wir werden darüber hinaus in großem Maße Frieden in der Welt verbreiten.“ (PVG 2009, S. 29)

Erfahrungen in der politischen Welt

Die PVG zeigte sich vor der Unterhauswahl 2009 zuversichtlich ob der Überzeugungskraft ihres politischen Programms und der eigenen Fähigkeit, die Mitglieder der Glaubensgemeinschaft zu mobilisieren. Sowohl auf dem Gründungsparteitag der Partei als auch in den Wahlkampfreden wurde wiederholt betont, dass man stärkste Partei (*daiitō*) werden wolle. Selbst nachdem man bei ersten Versuchen in lokalen Wahlen durchweg den niedrigsten Wählerzuspruch aller Parteien verzeichnen musste, sprach beispielsweise der Generalsekretär der PVG noch davon, 80 Unterhausmandate erringen zu können (Wochenzeitschrift *Shūkan Asahi* 31.07.2009, S. 30). Konsequenterweise stellte man mehr Kandidaten als jede andere Partei auf. In 288 von 300 Einerwahlkreisen traten Vertreter der PVG an⁷, dazu enthielten die Parteilisten in den elf Verhältniswahlkreisen 49 Namen, darunter auf Listenplatz 1 im Wahlkreis Kinki den des Parteivorsitzenden Ōkawa.

Der ersten Prüfung wurde diese entschlossene und optimistische Haltung unterzogen, als die seriösen Massenmedien des Landes die neue Partei weitgehend ignorierten. Der Gründungsparteitag war den großen Tageszeitungen des Landes zwar einige Zeilen wert, danach erschöpfte sich die Medienpräsenz jedoch auf wenige Artikel in der Boulevard- und Wochenpresse. Selbst bei der in allen Tageszeitungen üblichen Auflistung der einzelnen Kandidaten wurde im Falle der PVG nicht der Parteiname genannt, sondern die Kategorie „Sonstige“ verwendet.⁸ Die Boulevard- und Wochenpresse, deren Blätter in Japan das ganze Spektrum von plump bis anspruchsvoll abdecken, befasste sich sporadisch mit der religiösen Partei und tat das meist aus einer von zwei Perspektiven. Ein Teil der Artikel war gering-

⁷ In den anderen zwölf Einerwahlkreisen entschied sich die Partei dafür, liberaldemokratische Kandidaten zu unterstützen.

⁸ Dieser Umstand ist dadurch zu erklären, dass die Massenmedien Japans eine politische Gruppierung erst dann als Partei betrachten, wenn diese die Bedingungen für den Bezug der staatlichen Parteienhilfe erfüllt (mind. 2% der gültigen Stimmen beim letzten nationalen Urnengang) oder aber durch Abgeordnete im nationalen Parlament vertreten sind. Beides war im Fall der PVG nicht gegeben, so dass sie auch rechtlich nur als „politische Gruppierung“ (*seiji dantai*) galt, von denen es in Japan mehrere Hundert gibt.

schätzig, machte sich mehr oder weniger subtil über Ōkawa's Kommunikation mit „Jenseitigen“ lustig und ließ Beobachter zu Wort kommen, die die Mitgliederzahl der WvG auf wenige hunderttausend taxierten (vgl. Shūkan Asahi 19.06.2009, S. 167; 17.07.2009, S. 27). Die zweite Haltung, die Artikel der Wochenpresse prägte, warnte vor einer möglichen Gefahr, die sich in dem politischen Engagement der WvG abzuzeichnen und durch die Erinnerung an Ōmu Shinrikyō an Glaubwürdigkeit zu gewinnen schien (Shūkan Asahi 31.07.2009, S. 30). Ōmu hatte zu den Unterhauswahlen 1990 eigens die „Wahrheitspartei“ (*shinritō*) gegründet, aber nur einige Tausend Stimmen erringen können. In der Überzeugung, um ihren Sieg betrogen worden zu sein, wandte sich die Sekte dann terroristischen Mitteln zu (vgl. Kisala und Mullins 2001). Gerade dieser Vergleich aber erschien aus Sicht der WvG mehr als abwegig, hatte sich die Glaubensgemeinschaft doch zu Beginn der 1990er Jahre als größter Gegner von Ōmu präsentiert und immer wieder vor der Sekte gewarnt. Zudem fehlte der religiösen Lehre Ōkawas das apokalyptische Element, das Ōmu antrieb.

Um der „Partei zur Verwirklichung des Glücks“ mehr seriöse mediale Aufmerksamkeit zu sichern, tauschte man bereits zwei Wochen nach Parteigründung den Vorsitzenden Aeba Jikidō durch die Ehefrau Ōkawas aus. Aber auch Ōkawa Kyōko konnte die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen, so dass wenige Wochen später Ōkawa Ryūhō selbst den Parteivorsitz übernahm.⁹ Doch auch diese Maßnahme provozierte nur ein kurzes Echo in den Massenmedien. Selbst die Rekrutierung von Nakamatsu Yoshirō (besser bekannt als „Doktor Nakamatsu“), dem wohl bekanntesten Erfinder Japans, konnte das Blatt nicht wenden, obwohl er in seinen Wahlkampfreden eine Erfindung anpries, mit der nordkoreanische Raketen dazu gebracht werden könnten, eine 180-Grad-Schleife zu fliegen und den Aggressorstaat selbst zu treffen.¹⁰

Die PVG schaltete die größtmögliche Zahl von Wahlwerbespots und nahm zudem die Möglichkeit wahr, die gesetzlich vorgesehenen Wahlsendungen beim staatlichen Sender NHK aufzunehmen.¹¹ Eine große Zahl von Mitgliedern der WvG unterstützte die Wahlkampf Bemühungen der über 337 Kandidaten im Land, doch waren die weder erfahren noch für ihre Aufgaben ausgebildet. Obwohl sich die Teams, die ich in Tokyo und Umgebung beobachten konnte, bemühten, den erfahrenen Kandidaten der etablierten Parteien nachzueifern, blieb doch in den Reden und konkreten Verhaltensweisen Laienhaftes erkennbar (vgl. Klein 2011).

Das nackte Ergebnis dieser Bemühungen war ernüchternd. Die 288 Kandidaten der Einerwahlkreise gewannen zusammen 1.074.461 Stimmen, was einem Durchschnitt

⁹ So Aeba selbst in einer Diskussionsveranstaltung am 03.06.2010 in Shinjuku.

¹⁰ Siehe z.B. den Wahlwerbespot von Nakamatsu unter www.youtube.com/watch?v=-ey4WEUe5ew (Zugriff: März 2011)

¹¹ Ōkawas Beitrag war im März 2011 noch zu finden unter: www.youtube.com/watch?v=g8iN3NGrTQ.

von 3.718 bzw. 1,07% der gültigen Stimmen eines Wahlkreises entsprach. Nur in zehn Wahlkreisen endeten die Kandidaten der PVG nicht auf dem letzten Platz. In den Verhältniswahlkreisen wählten 459.387 Stimmberechtigte die Parteilisten der PVG.¹² Im Verhältniswahlkreis Kinki, in dem Ōkawa Ryūhō angetreten war, gewann die Partei 80.529 Stimmen (0,7% aller Zweitstimmen), doch stellte das nur etwa ein Fünftel des Stimmanteils dar, der für einen Mandatsgewinn hätte erzielt werden müssen. Betrachtet man die Ergebnisse in allen elf Verhältniswahlkreisen des Landes, dann sind eine relative Schwäche in der urbanen Region Tōkyō und Süd-Kantō (0,5% aller Zweitstimmen) und vergleichsweise hohe Stimmanteile in den ländlichen Regionen Chūgoku (0,8%) und Shikoku (0,9%) erkennbar (Yomiuri 2009).¹³

Beachtung fand die große Diskrepanz zwischen der offiziellen Mitgliederzahl der „Wissenschaft vom Glück“ von elf Millionen und der weniger als 10% dessen betragenden Stimmenaubeute der Partei. Beobachter hatten von den Mitgliedern der WvG angenommen, dass sie zu höherem Grad für die Belange der PVG mobilisierbar seien und sich aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft nicht für andere Parteien entscheiden würden. Vor diesem Hintergrund wuchsen Zweifel an der von der Religionsgemeinschaft genannten Mitgliederzahl (Tsukada 2010a, S. 53). Die Leiterin der Presseabteilung der PVG, Tanaka Junkō, erklärte besagte Diskrepanz jedoch in einem Interview ähnlich wie Kimura (2010, S. 27-29). Zum einen sei die PVG selbst unter den Mitgliedern der WvG noch nicht ausreichend bekannt gewesen, da nur wenige Monate zwischen Konstituierung der Partei und dem Wahlkampf gelegen hätten. Zum anderen würden auch Anhänger, Mitglieder und selbst Kandidaten anderer Parteien zur WvG gehören. Das Feedback dieser Menschen lege die Vermutung nahe, dass die bisherigen Parteipräferenzen trotz der Konstituierung der PVG weitgehend erhalten geblieben seien.

Die nach der Unterhauswahl erschienenen Publikationen Ōkawas sowie der zweite Parteitag im Mai 2010 zeigten, dass die Gründung der Partei und das schlechte Abschneiden bei besagter Wahl zu Kritik innerhalb der WvG geführt hatten. Man sei nicht nur in den Massenmedien auf Ablehnung gestoßen, sondern auch bei Unterstützern und selbst bei Mitgliedern der religiösen Mutterorganisation.¹⁴ Der Umstand, dass die PVG nur aus politischen Laien bestehe, keine Erfahrung im Wahlkampf habe, radikale politische Forderungen stelle, und sich eine große Diskrepanz ergebe zwischen eigener Leistung und „Großtuerei“ (*taigen sōgo*) – all das habe die

¹² Für den Umstand, dass die Direktkandidaten der PVG mehr als doppelt so viele Stimmen auf sich vereinen konnten wie die Parteilisten der Verhältniswahlkreise gibt es keine belastbare Erklärung. Direktkandidaten der PVG mögen teilweise Proteststimmen auf sich gezogen haben. Tsukada (2010a: 54) vermutet, dass manche Stimmberechtigten ohne ihr Wissen für PVG-Kandidaten votiert hätten. Das ist denkbar, denn da die PVG dem Gesetz nach keine Partei ist (vgl. Fußnote 8), sind ihre Kandidaten in den Wahllokalen als „parteilos“ ausgewiesen.

¹³ Diese beiden Regionen sind die mit dem höchsten Anteil an Einwohnern die angeben, einen Glauben zu haben (Ishii 2007: 31).

¹⁴ So der sechste Parteivorsitzende Ishikawa Etsuo in seiner Rede auf dem 2. Parteitag der PVG im Mai 2010 in Tōkyō.

Partei in der Öffentlichkeit zuweilen sogar der Lächerlichkeit ausgesetzt (Kimura 2010, S. 2). Forderungen nach mehr Realitätssinn und größerer Kompromissbereitschaft könne man aber nicht folgen, denn damit würde man nicht nur den etablierten Parteien gleich werden, sondern auch die eigenen Ideale aufgeben. Wie Kimura (2010, S. 4) formuliert: „Die Gründung einer religiösen Partei ist unnötig, wenn man um der Wählerstimmen willen opportunistisch wird und nur darauf aus ist, Aufsehen zu erregen [...] Wenn Ideal und Realität auseinanderklaffen, gibt es nur eins: Die Realität ändern.“

Zu notwendigen Bedingungen und Handlungsstrategien religiöser Organisationen

Aus den bisherigen Ausführungen lassen sich zum einen Thesen über notwendige Bedingungen und Handlungsstrategien von religiösen Organisationen bei ihrem Eintritt in die Politik ableiten, zum anderen wird deutlich, dass die Charakteristika des betrachteten Falles ihn zu einem ungewöhnlichen und damit nur eingeschränkt vergleichbaren machen. So handelt es sich bei der WvG nicht um eine religiöse Minderheit, die darum kämpfte, ihrem Glauben Gehör zu verschaffen oder die sich gegen staatliche Unterdrückung auflehnte. Die „Wissenschaft vom Glück“ stellte auch keine etablierte, traditionsreiche Kirche oder eine von einem Großteil der Gesellschaft getragene, religiös unterbaute Weltanschauung dar, aus der sich eine religiöse Partei entwickelte. Das, was Rosenblum (2003) den „associational nexus“ nannte, fehlte völlig: Die Glaubensgemeinschaft konnte bei ihrem Eintritt in die politische Welt nur auf sehr wenig eigenes soziales Engagement hinweisen, über Schulen, Seniorenheime oder Krankenhäuser verfügte sie nicht. Statt dessen handelte es sich bei dem hier betrachteten Untersuchungsobjekt um eine religiöse Organisation von unbekannter Größe, die sich unter Führung ihres geistlichen Oberhauptes mit hohem finanziellen und personellen Aufwand zur religiös motivierten Mission aufmachte, Japan zu erretten.

Einige Thesen zu religiösen Parteien sind zudem nicht überprüfbar, weil die hier zugrundeliegende empirische Basis auf die ersten Schritte der WvG in der politischen Welt beschränkt ist. Der Befund von Fox (2006), die Trennung von Religion und Staat nehme weltweit mit steigender sozio-ökonomischer Entwicklung ab, kann deshalb ebenso wenig verifiziert werden wie die Hypothese, der zufolge religiöse Parteien dort emporsteigen, wo religiöse Wählerschichten von Bedeutung sind (Rosenblum 2003, S. 30). Auch die Annahme, der nach religiöse Parteien aus religiös motivierten sozialen Bewegungen entstehen (Kalyvas 1996), ist ohne eine Betrachtung der weiteren Entwicklung der PVG nicht falsifizierbar.

Statt dessen lassen sich aus dieser Fallstudie aber drei notwendige Bedingungen für politisches Engagement religiöser Organisationen und die Gründung einer religiösen Partei herleiten: Zum Ersten muss der politische und gesellschaftliche Ist-Zustand eines Landes die Diagnose massiver Bedrohungen und/oder großer Missstände

erlauben. Dazu gehört auch die Beurteilung, dass die etablierten politischen Akteure bei der Lösung dieser Probleme versagen bzw. selber Teil des Problems sind. Zum Zweiten bedarf die religiöse Lehre einer eindeutigen Diesseitsbezogenheit, aus der sowohl Handlungsbedarf als auch die politischen Maßnahmen abgeleitet werden können, die für eine Lösung der krisenhaften Situation nötig sind und die in einen religiös unterbauten Idealzustand führen können. Drittens muss das Führungspersonal der Glaubensgemeinschaft die Expansion in die Politik unterstützen.

Sind Notwendigkeit und religiös untermauerte Strategien zum politischen Handeln gegeben, wird der Eintritt in die Politik dadurch gerechtfertigt, dass diese Handlungsstrategien einmalig und/oder innovativ sind. Begleitet wird diese Haltung meist durch Kritik an etablierten politischen Akteuren und dem politischen Betrieb insgesamt. All das spiegelt sich in vergleichsweise radikalen Lösungsvorschlägen wider, die mit kompromissloser Entschlossenheit vorgetragen und häufig von der Aussage begleitet werden, das Volk könne dem Verderben nur entgehen, wenn es den Weg der Errettung wähle. Diese Radikalität entspricht einerseits durchaus der Handlungslogik religiöser Organisationen, verursacht andererseits aber erhebliche Spannungen, denn in zentralen Aspekten ist Religion eine Domäne des Absoluten, das Wesen der Politik hingegen von Kompromissen geprägt.

In demokratischen Staaten mit pluralistischen Gesellschaften ergeben sich aus diesen Bedingungen und Handlungsstrategien erhebliche Barrieren, denn Radikalität und Kompromisslosigkeit führen hier fast ausnahmslos ins politische Randdasein. Zudem bedarf es nicht einmal einer ausgeprägten Säkularität der Gesellschaft, um das Religiöse einer neuen Partei zu deren Nachteil werden zu lassen. Glaubensinhalte, die auf individuelle Erleuchtung oder spirituelle Fähigkeiten geistlicher Oberhäupter aufbauen, mögen für die Rekrutierung neuer Glaubender nützlich sein, doch bezeugen sie *per se* noch nicht die politische Konkurrenzfähigkeit oder Kompetenz einer Partei. Wieweit sich diese Zusammenhänge auch in der weiteren Entwicklung der PVG wiederfinden, ist eine der Fragen, denen sich zukünftige Forschungsarbeiten annehmen könnten. Dabei wäre auch die These zu überprüfen, dass eine höhere Kompromissbereitschaft und eine schwächere Religiosität bei gleichzeitiger Betonung des neoliberalen Parteiprogramms zu größerem Wählerzuspruch führen würde. Oder anders formuliert: Bleibt die PVG bei ihrer jetzigen Selbstdarstellung, wird ihr über kurz oder lang der politische (Über-)Lebenstrieb verloren gehen.

Literatur

- Fox, Jonathan (2006): "World separation of religion and state into the 21st century", in: *Comparative Political Studies*, 39, Nr. 5, S. 537-569
- Fox, Jonathan (2008): *A World Survey of Religion and the State*, New York: Cambridge University Press
- Inoue, Nobutaka (Hg.) (2003): *Japanese College Students' Attitudes Towards Religion*, Tōkyō: Kokugakun University
- Ishii, Kenji (2007): *Dētabukku: gendai nihonjin no shūkyō* (Datenbuch: Die Religionen der Japaner heute), zweite, ergänzte Auflage, Tōkyō: Shinyōsha
- Kalyvas, Stathis N. (1996): *The Rise of Christian Democracy in Europe*, Ithaca: Cornell University Press
- Kimura, Tomoshige (2010): *Kōfuku ishin o okosan! Ma no jiyū to hanei o mezashite* (Beginnen wir die Glückserneuerung! Für echte Freiheit und Prosperität), Tōkyō: Kōfuku no kagaku shuppan
- Kisala, Robert J., Mullins, Mark R. (Hg.) (2001): *Religion and Social Crisis in Japan: Understanding Japanese Society through the Aum Affair*, New York: Palgrave
- Klein, Axel (2011): "The Puzzle of Ineffective Campaigning in Japan", in: *Japanese Journal of Political Science*, 12, Nr. 1, S. 75-74
- Köllner, Patrick (2003): "Upper House Elections in Japan and the Power of the 'Organized Vote'", in: *Japanese Journal of Political Science*, 3, Nr. 1, S. 113-137
- Kōmeitō (2000): *Seikyō bunri. Sono zokuron, meiron o kiru* (Zur Trennung von Staat und Religion. Gegen schlichte und irrige Argumentationen), Tōkyō: Kōmeitō kikanshi iinkai
- Kōmeitō (2001): *Zoku: seikyō bunri. Sono zokuron, meiron o kiru* (Fortsetzung: Zur Trennung von Staat und Religion. Gegen schlichte und irrige Argumentationen), Tōkyō: Kōmeitō kikanshi iinkai
- Mohseni, Payam und Clyde Wilcox (2009): "Religion and political parties", in: Haynes, Jeffrey (Hg.): *Routledge Handbook of Religion and Politics*, London, New York: Routledge, S. 211-230
- NBK (Nijūssēki bunmei kenkyūkai) (1991): *Kore ga „kōfuku no kagaku“ da!! Oshie no subete ga wakarū hon* (Das hier ist die "Wissenschaft vom Glück"!! Das Buch, mit dem man ihre ganze Lehre versteht), Tōkyō: Akua shuppan
- Ogawa, Kūjō (Hg.) (1995): *Mitsuzuka Hiroshi sōridaijin taibōron* (Warum wir Mitsuzuka Hiroshi als Premierminister wünschen), Tōkyō: Kōfuku no kagaku shuppan
- Ōkawa, Ryūhō (2004): *Kōfuku no hō* (Das Gesetz des Glücks), Tōkyō: Kōfuku no kagaku shuppan
- Ōkawa, Ryūhō (2008): *Ōgon no hō* (Das Gesetz des Goldes), Tōkyō: Kōfuku no kagaku shuppan
- Ōkawa, Ryūhō (2009a): *Kōfuku jitsugentō seigen* (Manifest der Partei zur Verwirklichung des Glücks), Tōkyō: Kōfuku no kagaku shuppan
- Ōkawa, Ryūhō (2009b): *Kōfuku jitsugentō to ha nani ka* (Was ist die Partei zur Verwirklichung des Glücks?), Tōkyō: Kōfuku no kagaku shuppan
- Ōkawa, Ryūhō (2011): *Kyūsei no hō* (Das Gesetz der Erlösung), Tōkyō: Kōfuku no kagaku shuppan
- PVG (Partei zur Verwirklichung des Glücks) (Hg.) (2009): *Atarashii sentaku. Manifesto* (Eine neue Alternative. Das Parteiprogramm), Tōkyō: Kōfuku jitsugentō
- Rosenblum, Nancy L. (2003): "Religious parties, religious political identity, and the cold shoulder of liberal democratic thought", in: *Ethical Theory and Moral Practice*, 6, S. 25-53
- Tsukada, Hotaka (2009): "Henbō suru 'kōfuku no kagaku' no konjaku" [Wie die "Wissenschaft vom Glück" heute und in der Vergangenheit ihr Erscheinungsbild änderte], in: *Sekai*, Nr. 9, S. 129-138
- Tsukada, Hotaka (2010a): "Kōfuku jitsugentō to ha nan datta no ka – shūkyō kiji dētābēsu shoshū kiji to senkyō dēta kara no bunseki" [Was war denn nun mit der Partei zur Verwirklichung des Glücks? Eine Analyse auf der Grundlage von Wahl Daten und der Artikel des Zeitschriftenarchivs zu Religion], in: *Rāku dayori*, Nr. 45, 25 Februar 2010, S. 42-58
- Tsukada, Hotaka (2010b): "Gendai nihon ni okeru 'shūkyō' to 'shakai' no aida [Zwischen "Religion" und "Gesellschaft" im gegenwärtigen Japan], in: *Gendai shūkyō 2010*, Tōkyō: Kokusai shūkyō kenkyūjo, S. 312-332
- Wieczorek, Iris (2002): *Neue religiöse Bewegungen in Japan. Eine empirische Studie zum gesellschaftlichen Engagement in der japanischen Bevölkerung*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Yomiuri (2009): *Shūgin senkyō 2009* (Unterhauswahl 2009), CD-Rom mit Datensätzen zur Unterhauswahl 2009, Tōkyō: Yomiuri Shinbunsha
- Zacharias, Diana (2004): *The Relationship between State and Religion in Japan*. Aachen: Shaker Verlag